

Geplantes landesweites Treffen des »Neuen Forums«

13. Oktober 1989

Information Nr. 455/89 über ein geplantes DDR-weites Treffen von Vertretern des »Neuen Forums« in der Hauptstadt der DDR, Berlin

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3801, Bl. 27–30.

Serie

Informationen.

Verteiler

Honecker, Dohlus, Herrmann, Jarowinsky, Krenz, Mittag, Schabowski, Dickel, Löffler, KGB Karlshorst (»AG«) – MfS: Mittag, Neiber, Schwanitz, Leiter HA XX, Leiter BV Berlin, HA XX/4, Leiter HA IX, Leiter HA II, Mielke, Carlsohn, Rechtsstelle, Tannhäuser (ZAIG/1).

Bemerkungen

Das 12. Exemplar der Information (Schwanitz) ist enthalten in: BStU, MfS, ZAIG 33410, Bl. 292–295.

Verweis

Information [451/89](#).

Wie bereits in der Information des MfS Nr. [451/89](#) vom 9. Oktober 1989 berichtet, planen – internen Hinweisen zufolge – die Inspiratoren/Organisatoren des »Neuen Forums«¹ am 14. Oktober 1989, 10.00 Uhr, in Räumlichkeiten der evangelischen Sophienkirchengemeinde (Berlin-Mitte) nach erfolgter Abstimmung mit Pfarrer *Passauer*² (Berlin) ein DDR-weites Treffen mit Erstunterzeichnern des »Gründungsaufrufes«³ sowie mit den als sogenannte Kontaktadressen wirkenden Personen durchzuführen. (Nach noch unbestätigten Hinweisen ist eine kurzfristige Verlegung dieses Treffens in ein anderes Objekt nicht auszuschließen.) Es wird mit einer Teilnehmerzahl von ca. 120 Personen aus allen Bezirken der DDR, darunter zahlreichen kirchlichen Amtsträgern und in kirchlichen Einrichtungen tätigen Personen, gerechnet. Die Teilnehmer sind bisher nur teilweise bekannt; sie wurden sowohl mündlich als auch schriftlich eingeladen.

Auf der Zusammenkunft sollen Materialien konzeptionellen Charakters, Probleme der künftigen Organisationsstruktur und der Öffentlichkeitsarbeit sowie der zentralen Erfassung der Mitglieder und Sympathisanten beraten werden.

Die Zusammenkunft ist bisher nicht öffentlich angekündigt.

Es wird vorgeschlagen, dass durch den Staatssekretär für Kirchenfragen, Genossen *Löffler*,⁴ mit Konsistorialpräsident *Stolpe*⁵ und durch den Stellvertreter des Stadtbezirksbürgermeisters des Rates des Stadtbezirkes Berlin-Mitte für Inneres, Genossen *Jugl*,⁶ mit Superintendent *Koppehl*⁷ Gespräche geführt werden.

In Anknüpfung an das Gespräch des Oberbürgermeisters, Genossen *Krack*,⁸ mit Bischof *Forck*⁹ zu den bekannten Problemen sollte nachdrücklich gefordert werden, dafür zu sorgen, dass kirchliche Räume für die Formierung nicht zugelassener Vereinigungen bzw. Gruppen antisozialistischen Charakters und die Organisierung ihrer Tätigkeit nicht zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus ist erneut die generelle Erwartung auszusprechen, den Missbrauch kirchlicher Einrichtungen zu unterbinden.

Weiter wird vorgeschlagen, durch die jeweiligen Abteilungen Inneres der Räte der Kreise unverzüglich mit bereits bekannten bzw. möglichen Teilnehmern an diesem Treffen Aussprachen zu führen und zu fordern, jegliche Aktivitäten zur Gründung, Förderung und Organisierung der angestrebten Vereinigung unter Berufung auf die dazu bestehenden Rechtsvorschriften zu unterlassen.

Gleichzeitig ist diesen Personen zu erklären, dass davon ausgehend eine eventuell beabsichtigte Teilnahme an einem in Berlin am 14. Oktober 1989 geplanten Treffen, das der Bildung einer nicht zugelassenen Vereinigung dienen soll, zu unterbleiben hat.

Es wäre zweckmäßig, nach Abgabe dieser Erklärung mit diesen Personen durch geeignete und entsprechend vorbereitete gesellschaftliche Kräfte sofort eine offensive politische Auseinandersetzung zu beginnen. Dabei sollte jedoch darauf geachtet werden, nicht den Eindruck entstehen zu lassen, dass damit ein offizieller Dialog mit »Neues Forum« aufgenommen wurde.

Durch die zuständigen Dienstseinheiten des MfS werden den 1. Sekretären der Bezirks- und Kreisleitungen der SED entsprechende Angaben zu den Personen übermittelt.

Zu den Personen, die entgegen den erteilten Auflagen an dem geplanten Treffen teilnehmen, müssten danach durch die zuständigen staatlichen Organe an ihrem Wohnsitz differenzierte ordnungsstrafrechtliche Maßnahmen eingeleitet werden. Dabei wäre jedoch zu beachten, dass es bei Durchsetzung dieser Maßnahmen zu öffentlichkeitswirksamen Sympathiebekundungen und anderen demonstrativen Handlungen kommen kann. Das ist auch bereits im Zusammenhang mit der Vorladung zu Inneres einzukalkulieren. Für den Fall, dass im Ergebnis der vorgenannten Gespräche mit kirchlichen Amtsträgern kirchlicherseits keine Maßnahmen zur Unterbindung dieser Zusammenkunft erfolgen, würde eine Verhinderung derselben nur mit polizeilichen Maßnahmen möglich sein. Dabei wäre jedoch zu beachten, dass das Gelände der Sophienkirchengemeinde von mehreren Straßen aus zugänglich ist, mehrere Räumlichkeiten mit unterschiedlichem Fassungsvermögen vorhanden sind und auf dem Freigelände größere Personenansammlungen möglich sind. Aus diesen Gründen wäre eine rechtzeitige Absperrung des gesamten Geländes mit starken Polizeikräften erforderlich, um den Zutritt zu verhindern.

Bei der Durchführung entsprechender polizeilicher Maßnahmen wäre eine Konfrontation mit den damit verbundenen Gefahren der Ausweitung und des Entstehens größerer Personenansammlungen kaum zu vermeiden.

Außerdem wären damit republikweite Solidarisierungsbekundungen und andere provokatorisch-demonstrative Handlungen in Rechnung zu stellen.

Es wird um Entscheidung gebeten.

1

Das »Neue Forum« (NF) war in seiner Breitenwirkung das bedeutendste Oppositionsbündnis der DDR. Am 9./10.9.1989 unterzeichneten 30 Bürgerrechtler den Aufruf zur Gründung des NF »Die Zeit ist reif – Aufbruch 89«. Darin forderten sie eine Diskussion und Überwindung grundlegender Gesellschaftsprobleme in der DDR und beantragten am 19.9.1989 in elf Bezirken die Zulassung als Vereinigung. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits 3 000 Personen den Gründungsauftrag unterschrieben. Als das Innenministerium den Antrag zwei Tage später ablehnte und das »Neue Forum« als »staatsfeindliche Plattform« bezeichnete, dessen Anliegen der Verfassung der DDR widersprächen, löste das eine Welle der Solidarisierung mit den Bürgerrechtlern aus. Auf vielen Demonstrationen wurde die Zulassung des NF gefordert. Nach der Einreichung eines erneuten Zulassungsantrags und einer Aussprache zwischen Jens Reich, Sebastian Pflugbeil und SED-Politbüromitglied Günter Schabowski wurde das NF am 8.11.1989 zugelassen. Bis Ende 1989 unterzeichneten circa 200 000 Menschen den Gründungsauftrag der Organisation, die Ende des Jahres gut 10 000 Mitglieder hatte. Vgl. Mitteilung des Ministers des Innern. In: ND v. 21.9.1989, S. 2.

2

Martin-Michael Passauer, Jg. 1943, evangelischer Theologe, engagierte sich als erster Stadtjugendpfarrer in Ostberlin von 1976 bis 1983 für die kirchliche Friedensbewegung und offene Jugendarbeit, unter anderem mit der Organisation von Stadtjugendsonntagen, »Bluesmessen« und Friedenswerkstätten, 1984–2008 Pfarrer der Berliner Sophienkirche, 1988–90 persönlicher Referent von Bischof Gottfried Forck, beteiligte sich am Protest gegen die Manipulation der Kommunalwahlergebnisse vom 7.5.1989 und war ab November 1989 Mitglied der Kommission zur Untersuchung der Stasi-Übergriffe auf die Demonstranten vor der Berliner Gethsemanekirche vom 7. bis 9.10.1989.

3

Die Gründungserklärung des »Neuen Forums« »Die Zeit ist reif – Aufbruch 89« v. 9./10.9.1989 ist abrufbar unter: www.hdg.de (letzter Abruf: 27.2.2019). Siehe auch: Anlage 2 der Information [416/89](#).

4

Kurt Löffler, Jg. 1932, SED-Funktionär, ab 1971 Mitarbeiter des ZK der SED, zuletzt stellvertretender Leiter der Abteilung Kultur des ZK der SED, 1973–88 Staatssekretär im Ministerium für Kultur, 1988/89 Staatssekretär für Kirchenfragen beim Ministerrat der DDR.

5

Manfred Stolpe, Jg. 1936, Jurist, seit 1982 Konsistorialpräsident des Evangelischen Konsistoriums Berlin-Brandenburg, 1982–89 stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 1990–2002 Ministerpräsident des Landes Brandenburg.

6

Wilfried Jugl, 1940, SED-Funktionär und Lehrer, Sekretär der SED-Kreisleitung, 1984–90 Stellvertretender Stadtbezirksbürgermeister Berlin-Mitte für Inneres.

7

Im Original: »Koppehl«. Joachim Koppehl, Jg. 1932, evangelischer Theologe, Superintendent von Berlin-Mitte, 1964–77 Gemeindepfarrer in Friedland, anschließend Pfarrer der Gemeinde St. Marien in Berlin-Mitte.

8

Erhard Krack, Jg. 1931, SED-Funktionär, 1965–89 Mitglied des Ministerrates, 1974–90 Oberbürgermeister von Berlin, 1981–89 Mitglied des ZK der SED.

9

Gottfried Forck, Jg. 1923, evangelischer Theologe, 1981–91 Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg – Bereich Ost, 1984–87 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche der Union für den Bereich DDR.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.